

## Erklärung von Alois Mock über die Beziehungen Österreichs zu den EG (29. Juni 1989)

**Legende:** Am 29. Juni 1989 präsentiert der österreichische Außenminister den Mitgliedern des Nationalrates die Vorteile, die ein Beitritt Österreich als Vollmitglied zu den Europäischen Gemeinschaften für das Land bedeutet.

**Quelle:** Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. XVII.; 110. Sitzung. 29.06.1989. Wien.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/erklarung\\_von\\_alois\\_mock\\_uber\\_die\\_beziehungen\\_osterreichs\\_zu\\_den\\_eg\\_29\\_juni\\_1989-de-d5ba46d9-7b20-47e0-86e1-82032a4c9ca6.html](http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_alois_mock_uber_die_beziehungen_osterreichs_zu_den_eg_29_juni_1989-de-d5ba46d9-7b20-47e0-86e1-82032a4c9ca6.html)

**Publication date:** 06/09/2012

## Erklärung von Alois Mock anlässlich der Verhandlungen des Berichtes der Bundesregierung über die zukünftige Gestaltung der Beziehungen Österreichs zu den EG (29. Juni 1989)

**Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Dr. Mock:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn der Nationalrat heute die ihm von der Bundesregierung vorgelegten Berichte billigend zur Kenntnis nimmt und den ihm vom Außenpolitischen Ausschuss vorgelegten Entschließungsantrag positiv beurteilt, wird die Bundesregierung einen Antrag auf Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft stellen. Damit wird nach langen Diskussionen und Analysen jener vielzitierte Brief abgesandt, der Österreich eine gleichberechtigte Teilnahme am großen Werk der europäischen Integration sicherstellen soll.

Für mich ist - da beziehe ich mich auch auf die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Frischenschlager - die europäische Integration mehr als nur ein Zusammenschluss von zwölf Staaten, der dem wirtschaftlichen, dem sozialen und dem ökologischen Fortschritt dient.

Die europäische Integration dient wohl in erster Linie der Sicherung des Friedens. Die Volkswirtschaften, meine Damen und Herren, sollen so eng miteinander verschmolzen werden, daß kein Land mehr in der Lage ist, einen Krieg zu führen, daß die gewaltsame Lösung von Konflikten gegenüber den Vorteilen der Gemeinsamkeit keine sinnvolle Alternative mehr darstellt.

Wir sollten nicht vergessen, daß sich Europa damit dem Traum vom ewigen Frieden nähert, wie ihn die großen Denker der Aufklärung, ein Abbe de Saint-Pierre oder ein Immanuel Kant skizziert haben. Aus dem Scheitern der Nationalismen, aus dem Scheitern Europas in zwei Weltkriegen ist eine neue kooperative Vernunft, die europäische Integration, entstanden. Diesen Friedensaspekt der europäischen Integration möchte ich den jungen Österreichern in Erinnerung rufen wie den Älteren unter uns, die den Zweiten Weltkrieg noch physisch miterlebt haben und denen sich das „Niemals wieder“ tief ins Bewußtsein gegraben hat.

Hohes Haus! Der europäischen Integration ist es gelungen, den einige Jahrhunderte alten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich aufzuheben. Damit wurde für den Frieden auf unserem Kontinent weit mehr erreicht als durch Tausende Resolutionen und Appelle. Ich bin sehr froh, daß es gerade jetzt Anstöße dafür gibt, die nur einige Jahrzehnte alten Mauern und Zäune zwischen Ost und West in Europa abzubauen, und ich glaube, wir fragen uns zu Recht, ob nicht gerade auch der Erfolg der europäischen Integration zu dieser Öffnung Osteuropas beigetragen hat.

Bundeskanzler Ing. Julius Raab hat am 26. Oktober 1955 in einer viel zuwenig beachteten Passage seiner Rede zum Neutralitätsgesetz hervorgehoben, daß Österreich einen wesentlichen Beitrag zur friedlichen Ordnung Europas leisten kann, wenn sich die demokratisch-republikanischen und rechtsstaatlichen Prinzipien im Leben der Völker, insbesondere auch aller unserer Nachbarn durchsetzen. Diese Vision Julius Raabs ist in den allerletzten Jahren der Wirklichkeit nähergekommen.

In dieser Situation einer neuen politischen Bewegung in Osteuropa sowie zwischen Ost und West will Österreich auf der Basis seiner immerwährenden Neutralität konkrete Friedensarbeit leisten, und dazu gehört seine Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. Dabei hat die europäische Integration eine ganz wesentliche wirtschaftliche Dimension: Die Mitgliedstaaten wollen bis 1992 ihre Volkswirtschaften zu einem einzigen Binnenmarkt verschmelzen. Sie erwarten sich davon einen Investitions- und Wachstumsschub, der sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirken wird.

Alle Aussagen von Wirtschaftsexperten stimmen überein: Vom EG-Binnenmarkt werden positive Effekte für Wirtschaft und Gesellschaft ausgehen, von dieser Dynamik dürfen wir uns nicht abkoppeln.

Angesichts der auf uns zukommenden Strukturanpassungen und des verschärften Wettbewerbs ist es verständlich, daß mancher Bürger mit Sorge den Auswirkungen der europäischen Integration gegenübersteht. Ich bin jedoch persönlich fest davon überzeugt, daß uns die letzten Jahre, in denen wir uns auf der Grundlage des europäischen Freihandels kontinuierlich zusätzlich industriell-gewerbliche

Marktanteile in Europa sichern konnten, zu Optimismus berechtigen.

Meine Damen und Herren! Erinnern wir uns daran, daß das in den fünfziger Jahren begonnene Werk der Öffnung unserer Wirtschaft bisher jedesmal, wenn es fortgesetzt wurde, erfolgreich verlaufen ist. Die Österreicher - Arbeiter und Unternehmer - haben sich am europäischen Markt, wenn sie herausgefordert wurden, immer wieder bewährt, und ich bin überzeugt, daß ihnen dies auch in Zukunft gelingen wird, wenn die Bundesregierung eine leistungsfreundliche Wirtschaftspolitik und eine gerechte Sozialpolitik als Rahmenbedingung vorgibt.

Dabei wissen wir, daß die Probleme einzelner Sektoren nicht bagatellisiert werden dürfen. Ich erinnere hier vor allem an die Probleme, mit denen unsere bäuerlichen Mitbürger konfrontiert sind. Aber diese Probleme, die Probleme der geschlossenen und solidarischen Unterstützung unserer bäuerlichen Mitbürger, steilen sich für uns mit und ohne EG-Mitgliedschaft.

Ich bin überzeugt, daß im Rahmen einer öko-sozialen Marktwirtschaft auf jeden Fall die Leistung der Bauern als Bewahrer unseres landwirtschaftlichen Erbes, als Hüter unserer ökologischen Vorteile honoriert werden muß, und zwar vom gesamten Staat, von der gesamten Gesellschaft. *(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Hohes Haus! Mit Recht ist auch die Frage gestellt worden, ob unser Handlungsspielraum, das heißt unsere Souveränität, innerhalb der Gemeinschaft stärker eingeschränkt wird als außerhalb der Gemeinschaft.

Ich halte es mit unserem Selbstbewußtsein als europäischer Industriestaat für unvereinbar, wenn wir aufgrund faktischer Verflechtungen immer mehr von den Entscheidungen der EG-Organen abhängig werden, ohne an diesen mitzuwirken. Und letzteres wäre der Fall, wenn wir nicht Sitz und Stimme in der Europäischen Gemeinschaft hätten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Unser realer Handlungsspielraum wächst im Rahmen der EG-Mitgliedschaft. Nur dort haben wir die rechtlich gesicherte Möglichkeit der vollen Mitbestimmung und Mitgestaltung. Und ich bin zutiefst überzeugt, daß die Österreicher keine Europäer zweiter Klasse werden wollen.

Die Mitgliedschaft Österreichs in der EG hat aber auch eine ökologische Dimension. Der internationale Umweltschutz ist zum Gebot der Stunde geworden. Auch die EG hat dies erkannt. Durch 149 Rechtsakte hat sie gezeigt, welche Bedeutung sie dem Umweltschutz beimißt. In bestimmten Bereichen, wie etwa im Gewässerschutz *(Abg. Smolle: Den gibt es ja nicht!)*, im Bodenschutz, in der Umweltverträglichkeitsprüfung, Herr Abgeordneter Smolle, legt die Europäische Gemeinschaft strengere Maßstäbe als wir an. Bei den Abgasvorschriften haben wir den besseren Standard, dort holt die Europäische Gemeinschaft auf.

Ich glaube daher, Hohes Haus, daß sich innerhalb der EG erstmals die Chance abzeichnet, Ökonomie und Ökologie in einem großräumigen, fast kontinentalen Rahmen miteinander in Einklang zu bringen.

Die europäische Integration hat in erster Linie dem Menschen zu dienen. Die europäische Integration muß daher auch eine soziale Dimension haben. Die EG-Kommission orientiert sich an dem Grundsatz: Kein wirtschaftlicher Fortschritt ohne ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit, kein sozialer Fortschritt ohne eine entsprechende wirtschaftliche Leistung.

Die europäische Integration ist daher für Österreich eine Chance, eine große Chance, zugleich aber auch eine Herausforderung. Das gilt, um zum Schluß zu kommen, gerade für unseren Status der immerwährenden Neutralität.

Diese Neutralität - das ist heute mit Recht auch von Vizekanzler Riegler und vom Herrn Bundeskanzler betont worden - ist ein spezifischer Beitrag zur europäischen Friedensordnung.

Wie schon im Bundesverfassungsgesetz über die immerwährende Neutralität klargestellt worden ist, wird Österreich keine fremden Truppen und keine fremden Militärbasen auf seinem Gebiet zulassen. Österreich wird keiner militärischen Allianz beitreten und somit das militärische Gleichgewicht in Europa nicht

verändern. Österreich wird auch bestrebt sein, seine rechtlichen Bindungen so zu gestalten, daß es im Ernstfall seinen Neutralitätspflichten voll und ganz entsprechen kann.

Osterreich befindet sich in einem außenpolitischen Umfeld, das sich in den letzten Jahren qualitativ verändert hat - zum Besseren, wie ich sagen möchte. Auf der strategischen Ebene zwischen den beiden Supermächten ebenso wie auf unserem Kontinent zeichnet sich eine starke Bewegung ab: Weg von der Konfrontation - hin zur Kooperation und Öffnung.

Auf der europäischen Szene ist die Gemeinschaft der Sechs zur Gemeinschaft der Zwölf geworden. Ihr Gewicht, vor allem aber ihre Attraktivität haben sich erhöht. Sie ist repräsentativer, sie ist gleichzeitig vielfältiger und pluralistischer geworden. Der Prozeß ihrer inneren Integration beeindruckt, wenn er natürlich auch nicht ohne Schwierigkeiten verläuft. Von jeder dieser sogenannten EG-Krisen ist immer wieder ein neuer Wachstumsimpuls ausgegangen. Die Krisen der EG waren Wachstumsprobleme.

Der Integrationsprozeß wird sich als Folge seiner inneren Dynamik weiterentwickeln. Er wird dies weniger auf der Basis vordergründiger politischer Entscheidung oder politischer Willensbildung tun als auf der Grundlage der

Die künftige Entwicklung der Gemeinschaft wird neben dem Element der Dynamik vom Wesenszug der Vielfalt geprägt sein. Europa wird nie zu einer monolithischen, undifferenzierten Masse werden. Es wird immer seine Vielfalt wahren. Und in diesem Europa, Hohes Haus, in diesem Europa der Vielfalt hat das neutrale Österreich mit seinen spezifischen Aufgaben als gleichberechtigter Partner Platz.

Ich habe schon vorhin die, wie ich glaube, legitime Frage gestellt, ob der Erfolg des Integrationsprozesses in Westeuropa und die damit wachsende Attraktivität der Europäischen Gemeinschaft nicht dazu beigetragen haben, daß Staaten Europas, daß unsere Nachbarn im Osten und im Südosten heute initiativ die Zusammenarbeit mit den europäischen Integrationsräumen, auch mit der EFTA und insbesondere mit der Europäischen Gemeinschaft, suchen.

Österreich begrüßt diese Entwicklung in einigen osteuropäischen Ländern zu stärkeren marktwirtschaftlichen Elementen, zu demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen aus tiefer politischer Überzeugung. Österreich wird in diesem in Bewegung geratenen Umfeld auf ein offenes Europa hinarbeiten, auf ein Europa des Dialogs, auf ein Gesamteuropa des Konsenses und der Kooperation.

Österreich hat aus seiner Geschichte, aus seiner Kultur, aus seiner geopolitischen Lage heraus eine ganz besondere europäische Berufung. Das österreichische Volk bekennt sich zu den Idealen der europäischen Integration, die in den Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaften verankert sind. Aus dieser Gesinnung heraus machen wir den politischen Anspruch geltend, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden.